

Liebe Mitglieder und Freunde der BI

In einer Presseerklärung hatte Heidelinde Penndorf bereits auf die wichtigsten Schlagzeilen während der Demo – Pause hingewiesen. Da gab es die Stadtratssitzung am 18. 07. 2013 mit dem Antrag der BI die Amtsführung des amtierenden Oberbürgermeisters Risch unter die Lupe zu nehmen. Anlass waren die Lügenvorwürfe vom CDU Fraktionsvorsitzenden Rauner an Risch, die dieser zur voran gegangenen Hauptausschusssitzung zu Protokoll gegeben hatte. Die BI hat viele weitere Gründe diesen Lügenvorwurf der CDU Fraktion zu unterstützen und machte von dem § 6a der Hauptsatzung Gebrauch, eigene Anträge zu stellen. Wer die Tagesordnung des Stadtrates für den 5. 09. 2013 gelesen hat, der weiß, dass die Verwaltung eine Erörterung der Amtsführung von Risch um (fast) jeden Preis verhindern will. Sie findet darin auch Unterstützung durch die Untere Kommunalaufsicht, die ihren Anspruch „Drückerkolonne“ der Industrielobby zu sein (letzte Demo News) immer mehr gerecht wird. Wie sehr dies Not tut war nur 2 Wochen später mit der Panne „Promenade“ für jeden Bürger dieser Stadt und darüber hinaus sichtbar. Weißenfels wurde wieder mal zur Lachnummer. Gespannt darf man nur sein, ob sich unsere Stadträte bei der Aufklärung auf der Nase herum tanzen lassen, wie so oft. Kein interner Arbeitskreis, sondern ein externer Untersuchungsausschuss, das ist die massive Forderung der Bürger. Das Einlenken im Stadtrat am 5. 09. 2013, diesen internen Arbeitskreis aus ebenfalls belasteten Mitarbeitern durch einen Untersuchungsausschuss zu ergänzen, verheißt nichts Gutes. Auch die Zeitschiene bis 7. 11. 2013 deutet eher auf eine Vernebelungsaktion. Vorschlag der BI: Ergebnis des internen Arbeitskreises am 11. 11. 2013 anlässlich der karnevalistischen Schlüsselübergabe an den Präsidenten des Weißenfelser Karnevalsclub übergeben, dann wird die Sache gleich richtig eingeordnet und kann zu den Festsitzungen entsprechend ausgewertet werden.

Nach monatelanger Funkstille bei der AöR, kam die Sitzung der AöR am 20. 08. 2013 doch überraschend. Dass dies kein gutes Vorzeichen für die Bürger von WSF bedeutet, kann man ja schon ahnen. Wie zu 2 voran gegangenen Sitzungen, war diese bereits bei der Themenwahl mit erheblichen rechtlichen Mängeln behaftet. Gemäß der Gemeindeordnung des Landes und der Geschäftsordnung von WSF sind die Themen hinreichend genau zu beschreiben. Ein Bericht des Vorstandes AöR unter TOP4 (öffentlicher Teil) und mit gleichen Titel unter TOP8 (nicht öffentlicher Teil) gibt Anlass zur Vermutung, dass es sich um eine Fortsetzung von TOP4 handelt, aber mit heiklen Themen. Laut Gemeindeordnung müssen aber die Gründe des Ausschlusses der Öffentlichkeit genau beschrieben werden. Da diese Heimlichtuerei, dieses Versteckspiel und öffentlichkeitsscheue Verhalten bereits zum wiederholten male stattfindet, hat die BI sich entschlossen, dies bei der Kommunalaufsicht anzuzeigen. Natürlich ist die Aussicht auf Unterstützung äußerst gering, aber es geht auch um das Sammeln von Fakten über die Handlungsweisen von Behörden. Ein Ausrufezeichen dieser AöR Sitzung muss natürlich auch zur heutigen Demo behandelt werden. Da war der von Herr Dittmann (nicht ohne Stolz) verkündete Startschuss zur Erweiterungsinvestition der Kläranlage in Höhe von 16 Mill. € (größtes und anspruchsvollstes Investitionsvorhaben in die Infrastruktur von WSF in seiner Geschichte. Er vergaß zu erwähnen, dass diese Investition kein Bürger benötigt und sie einzig und allein dem Interessen und Nutzen des Tönnies Fleischwerkes dient.

Entsetzen bei den anwesenden BI Mitgliedern und Bürgern. Ohne Eigenmittel, mit einem Schuldenberg (vom ZAW übernommen) in Höhe von 55 – 60 Mill € sollgebaut werden. Dazu keine Fördermittel (nur vage Zusagen) und keine eingetragenen Beiträge (Satzung fehlt). Dazu kommt eine für Bauaufsicht und Baudurchführung erwiesenermaßen untaugliche und unfähige Verwaltung, der für WSF typische lockere Umgang mit Steuergeldern (besser fremden Eigentum, denn der Bürger soll ja alles bezahlen). Im Eilverfahren werden in den kommenden Tagen und Wochen die einzelnen Maßnahmen durchgepeitscht. Dabei spielt der Verwaltungsrat so gut wie keine Rolle. Keine ausführliche bautechnische Erläuterung, keinerlei Kostenkontrolle oder Rechenschaft, alles unter Ausschluss der Öffentlichkeit. IM Alleingang erfüllt Oberbürgermeister Risch die ihm von oben gesetzten Prämissen. Erst Bauen, Geld mit vollen Händen ausgeben, dann eventuell diskutieren. Aber erst wenn er das sinkende Boot WSF , wie der Kapitän der Costa, als erster im Rettungsboot verlassen hat, nach dem Motto, nach mir die Sintflut. Der Runde Tisch soll zur Beruhigung der Öffentlichkeit dienen, nicht anders kann man dies erst Fakten schaffen interpretieren. Rückendeckung gibt es dazu vom Landkreis, von der Unteren Kommunalaufsicht, die nach Angabe von Risch die AöR 14 täglich kontrolliert. Nicht etwa wegen Einhaltung von Rechtsvorschriften, sondern das genaue Gegenteil, ob und wann endlich ohne weiters Aufhebens mit der Klärwerkserweiterung angefangen wird. Das vielbeschworene „Kellnerprinzip“ in immer geltenden Stadtratsbeschlüssen und Abwasserkonzeptionen hinterlegt, bleibt auf der Strecke. Die Instanz, die ganz laut Stopp rufen müsste, unsere Stadträte, haben sich größtenteils von den Bürgern weg, auf die Seite von Tönnies geschlagen. Wer will den 70% Anteil von der Industrie einfordern, wenn alles Geld schon zum Fenster rausgeworfen ist. Der OBM will dies auf keinen Fall, er betätigt sich als oberster Durchpeitscher dieses privatnützlichen Vorhabens. Wir können davon ausgehen, dass bei der Eile und den vielen verwaltungstechnischen Unzulänglichkeiten, der nächste Baupfusch vor der Tür steht. Von den Verwaltungsräten wies einzig der Herr Wanzke auf diese Problematik hin, in dem er die Frage stellte, wurden die ZAW Mitglieder von Herr Risch belogen, als immer wieder gesagt wurde, ein Bau der Kläranlage könne nur mit gültiger Satzung und dem Einsammeln von Beiträgen erfolgen, dazu natürlich noch mit ausgereichten Fördermittelbescheid. Diese 2 Säulen fehlen vollständig, trotzdem werden ab nächster Woche Tatsachen geschaffen. Das ganze ist vor dem Hintergrund fehlender Haushaltsmittel bereits im Jahr 2013 zu sehen. Das von Risch gezimmerte Kartenhaus ist zusammengebrochen, war im Hauptausschuss zu hören. Steuermindereinnahmen in Höhe von 2,7 Mill. € (Gewerbe) stehen ins Haus. Damit haben sich die für 2014 vorgesehenen Ansparungen in Luft aufgelöst (Stadt wollte reduzierte Landeszuweisungen kompensieren) Für das Restjahr fehlen somit 1,4 Mill €. Stadt – und Ortschaftsräte wurden bereits zu einem Streichkonzert aufgerufen. Geldverschwendung ohne Sinn und Verstand auf der einen Seite und unerträgliche und unausgewogene Kürzungen auf der Anderen, dies ist das deutschlandweite Markenkennzeichen der WSFer Kommunalpolitik. Der Bund der Steuerzahler fordert einen neuen Straftatbestand, um Verschwendung öffentlicher Mittel besser zu sanktionieren, und zwar den der **Haushaltsuntreue**. Definition (Zitat):
Zusätzlich zum klassischen Untreue – Paragraphen soll ein neuer Straftatbestand – Haushaltsuntreue – im Strafgesetzbuch verankert werden, der auf die Verfolgung und Bestrafung von Geldverschwendung durch Staatsdiener und Amtsträger abzielt.

“Wer vorsätzlich wesentliche haushaltsrechtliche Vorschriften missachtet, soll eine Freiheits- – und Geldstrafe erhalten. Dies gilt auch, wenn Haushaltsansatz und verfolgter Nutzen eines Projektes in einen drastischen Missverhältnis stehen“

Beispiele in WSF wären: E – Werk
Nordrampen
Erweiterung Klärwerk
Bahnhofsstraße
Promenade
und vieles mehr

Das Thema wird uns in Weißenfels erhalten bleiben, als BI werden wir mit unseren Finger genau auf diese Schwachstelle der Kommunalpolitik zeigen. Letztlich ist alles der Interessenvermischung von Amtsträgern in der Politik und Verwaltung mit großen Konzernen geschuldet. Weiter dazu bei den nächsten Demos.

Ihr Vorstand der Bürgerinitiative für sozial gerechte Abwasserbeiträge